

Die Grünen
im Rat der Stadt Bochum



Haushaltsrede 2015

von Manfred Preuß

Fraktionsvorsitzender der Grünen im Rat

in der Ratssitzung am 22.1.2015

Frau Oberbürgermeisterin,
meine Damen und Herren,
liebe Gäste,

wenn ich jetzt ganze Passagen aus der Haushaltsrede des letzten Jahres vortragen würde, würde es vermutlich niemandem auffallen. Denn an der grundsätzlichen Problematik, der strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen, hat sich nichts geändert. Das Konnexitätsprinzip – wer bestellt, muss auch bezahlen – wird zwar inzwischen theoretisch weitgehend anerkannt, aber in der Praxis hat sich wenig geändert. Unbestritten ist, dass die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern sowie der Länderfinanzausgleich neu geregelt werden müssen. Aber der Ausgang des erbitterten Streits um den vertikalen und horizontalen Finanzausgleich ist ungewiss, und ungewiss ist vor allem, in welchem Maße die Kommunen davon profitieren werden. Im Bund hat die große Koalition die „schwarze Null“ zum Fetisch erhoben, im Land wirft die Schuldenbremse ihren Schatten voraus. Dies alles lässt befürchten, dass eine grundsätzliche Verbesserung der kommunalen Finanzsituation auf absehbare Zeit ein frommer Wunsch bleiben wird.

Die äußeren Rahmenbedingungen, unter denen unsere Haushaltsberatungen stattfinden, stimmen also nicht gerade optimistisch. Aber auch ein Blick auf die konkrete Haushaltssituation in Bochum ist erst einmal frustrierend. Die letzte Prognose zeigt, dass der Haushaltsabschluss 2014 um rund 40 Mio. Euro schlechter ausfallen wird als geplant. Hinzu kommen einzelne HSK-Maßnahmen, die gar nicht, noch nicht oder nur teilweise realisiert werden konnten. Das summiert sich auf 5 Mio. Euro, die kompensiert werden müssen. Mein Vorgänger Wolfgang Cordes hat an dieser Stelle zu Recht auf die „Vergeblichkeitsfälle“ verwiesen.

Trotzdem halten wir am Ziel eines genehmigungsfähigen Haushalts fest. Bisher ist es uns gelungen, alle für die Bürgerinnen und Bürger wichtigen Infrastrukturen etwa im Sozial- und Kulturbereich funktionstüchtig zu erhalten und das trotz zeitweiligem Nothaushalt.

Allerdings haben wir seit den Nothaushaltsjahren einen Investitionsstau. Ein weiteres Nothaushaltsjahr würde diesen noch verschlimmern. Fördermittel von Bund und Land würden wegfallen. Der permanente Strukturwandel und viele weitere Herausforderungen wären nicht zu bewältigen.

Die drastische Haushaltsverschlechterung im letzten Jahr hat zum Teil Ursachen, die wir gar nicht (wie den Einbruch bei der Gewerbesteuer) oder nur geringfügig (wie bei den Sozialaufwendungen) beeinflussen können. Eine weitere Ursache sind die steigenden Personalkosten. Für jede einzelne Neueinstellung etwa bei Feuerwehr und Sozialarbeitern hat es sicher gute Gründe gegeben. Wir können aber nicht sehenden Auges zulassen, dass ein Kostenblock, der fast ein Viertel des Gesamthaushalts ausmacht, immer größer wird. Die von der Verwaltung vorgeschlagene Lösung ist zugegebenerweise radikal und kommt fast einer Quadratur des Kreises gleich, weil es

immer wieder durch aktuelle Entwicklungen zu eigentlich unabweisbaren Personalbedarfen kommen kann. Aber ohne das Einfrieren der Personalausgaben auf dem jetzigen Stand in Verbindung mit einem sehr schmalen Korridor für Neueinstellungen können wir die Haushaltsgenehmigung vergessen.

Wir sind uns im Klaren darüber, dass es nun verstärkt zu Zielkonflikten kommen wird. Wir werden dazu schwierige Diskussionen im Detail führen müssen. Es ist auch klar, dass wir Entscheidungen darüber treffen müssen, welche Angebote und Leistungen in Zukunft reduziert werden. Einerseits dürfen wir sinnvolle Strukturen nicht kaputtsparen, andererseits müssen wir darauf achten, dass es nicht zu unzumutbarer Arbeitsverdichtung kommt.

Die Situation wird durch die Kursentwicklung des Schweizer Frankens nicht einfacher. Fremdwährungskredite hielten damals alle – einschließlich der Kommunalaufsicht – nach sorgsamer Risikoanalyse für ein sicheres Mittel, um die Zinsbelastung zu verringern. Die Verwerfungen der Eurokrise, die so nicht zu erwarten waren, haben nun bewirkt, dass dieses Instrument schlimmen Schaden anrichtet. Das ist katastrophal, hat aber mit Zockerei, wie gelegentlich unterstellt wird, nichts zu tun.

Das vergangene Jahr stellte für Bochum eine einschneidende Zäsur dar: Im Dezember ist der letzte Opel vom Band gerollt. Die gesamtstädtische Solidarität mit den Opelern konnte das Aus nicht mehr verhindern. Tausende Arbeitsplätze bei Opel und in der regionalen Zulieferindustrie gehen damit verloren. Die Stadt hat rechtzeitig reagiert und mit der Aufstellung von Bebauungsplänen und – zusammen mit Opel – mit der Gründung der Gesellschaft Bochum Perspektive 2022 die Voraussetzung dafür geschaffen, die riesigen Flächen neu zu entwickeln. Dabei ist klar, dass hier kein stinknormales Gewerbegebiet entstehen darf. Wir brauchen mittelständische Industrie- und Dienstleistungsunternehmen und keinen Logistikpark. Es müssen zukunftsfähige Arbeitsplätze in der wissensbasierten Produktion geschaffen werden. Die Ruhr-Universität wird dabei eine wichtige Rolle spielen. Ein Großteil der neuen Arbeitsplätze wird erst nach und nach im Laufe dieses Jahrzehnts entstehen. Unsere Befürchtung, dass keine direkte Anschlusslösung für die wegfallenden Arbeitsplätze bei Opel möglich ist, hat sich nun bewahrheitet. Wir erwarten, dass Opel sich im weiteren Prozess nicht aus der Verantwortung stiehlt und sich angemessen beteiligt, auch finanziell.

Das vergangene Jahr hat zu einer weiteren großen Herausforderung geführt, die uns in diesem Jahr weiter beschäftigen wird: Die weltpolitische Lage, speziell die Situation in Syrien und im Irak, hat die Zahl der Flüchtlinge sprunghaft ansteigen lassen. Es ist ein Gebot der Humanität, diese Menschen, die Unvorstellbares durchgemacht haben und oft traumatisiert sind, nach einer häufig lebensgefährlichen Flucht freundlich aufzunehmen und sie spüren zu lassen, dass sie bei uns willkommen sind. Das ist in Bochum bisher auch weitgehend gelungen. Neben den städtischen Stellen ist das besonders ein Verdienst des Engagements der Bürgerinnen und Bürger, vor allem in der Umgebung der Flüchtlingsunterkünfte. Dieses ehrenamtliche Engagement braucht aber Anlaufstellen. Wir wollen deshalb, dass die professionelle Ehrenamtskoordination zügig in Gang kommt, die personelle Situation im Betreuungs-, aber auch im Verwaltungsbereich verbessert wird und die „Arbeitsgruppe Flüchtlinge“ ihre Arbeit aufnimmt, wie wir es im Koalitionsantrag gefordert haben. Wir hoffen sehr darauf, dass auch die bauliche Situation der bestehenden Übergangseinrichtungen verbessert wird und neue menschenwürdige Unterkünfte erstellt werden. Ein weiterer wichti-

ger Fortschritt wäre die Ausgabe einer Krankenkassenkarte nach dem Bremer Modell. Damit könnte eine deutliche Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Flüchtlinge erreicht werden.

Neben den besonderen Herausforderungen wie Opel und Flüchtlinge geht natürlich das Alltagsgeschäft weiter. Auf einige Bereiche möchte ich kurz näher eingehen.

Bei der Stadtentwicklung geht es neben wichtigen Einzelprojekten und Daueraufgaben wie der Bewältigung des demographischen Wandels und der Klimaanpassung vor allem darum zu verhindern, dass einzelne Stadtviertel abgehängt werden. Stadtentwicklungspolitik ist auch präventive Sozialpolitik, soziale Brennpunkte dürfen erst gar nicht entstehen. Mit dem Programm "Soziale Stadt" haben wir in den letzten Jahren im Westend und in der Hustadt erfolgreich gearbeitet, Mittel für die Verstetigung des Prozesses sind vorhanden. Im Haushalt ist sichergestellt, dass eine ähnliche Entwicklung in den nächsten Jahren auch in Wattenscheid eingeleitet werden kann.

Wir alle wissen, dass Bauland in Bochum knapp ist. Gerade in letzter Zeit sind hier neue Begehrlichkeiten aufgekommen. In der Strategischen Umweltplanung haben wir aber auch Ziele für den Flächenverbrauch beschlossen. Diese Ziele können wir nicht erreichen, wenn der Flächenfraß unvermindert fortschreitet. Die grüne Position in diesem Zielkonflikt ist: Wir haben das Wohnbaulandprogramm mit rund 2000 Wohneinheiten, wovon ungefähr die Hälfte auf den „Ostpark“ entfällt. Solange das Wohnbaulandprogramm nicht abgearbeitet ist, wollen wir keine weiteren Freiflächen zu Bauland umwidmen.

Im Verkehrsbereich liegt uns Grünen natürlich der Umweltverbund besonders am Herzen. In der letzten Ratssitzung haben wir die Voraussetzung für die Direktvergabe des ÖPNV-Auftrags geschaffen. Die Bogestra bekommt damit Planungssicherheit. Beim Radverkehr konnten wir im letzten Jahr einen großen Erfolg erzielen: Nach langjähriger Vorarbeit konnte endlich der Aufnahmeantrag für die Arbeitsgemeinschaft fahrradfreundlicher Städte (AGFS) abgeschickt werden. Wir würden uns wünschen, dass sich auch der Bochumer ADFC dazu durchringen könnte, die Anstrengungen der letzten Jahre und die tatsächlich erreichten Verbesserungen für den Radverkehr zu würdigen. Gerade wir Grüne wissen natürlich, dass trotzdem noch viel zu tun ist. Die ständige Propagierung des Feindbilds „Fahrradhölle Bochum“ ist aber u.E. kein konstruktiver Beitrag zur Erreichung des gemeinsamen Ziels.

Wir Grüne in Bochum haben neben der Umweltpolitik schon immer auch in der Sozialpolitik einen Schwerpunkt unserer politischen Arbeit gesehen. Denjenigen, die undifferenziert von „Kürzungshaushalt“ reden, möchte ich deshalb unmissverständlich sagen: Im gesamten Sozialbereich einschließlich Kindern und Jugendlichen hat es keine Kürzungen gegeben. Trotz der angespannten Haushaltssituation konnten wir die Transferaufwendungen sogar teilweise leicht erhöhen. Wir haben den Kinder- und Jugendförderplan 2015 – 2020 mit der entsprechenden finanziellen Dotierung beschlossen und damit den Trägern Planungssicherheit verschafft. Bei der U3-Betreuung halten wir an der Zielquote von 40 % fest. Nicht von ungefähr wurde Bochum als „familiengerechte Kommune“ zertifiziert. In den Bezirken haben die neuen Seniorbüros inzwischen alle ihre Arbeit aufgenommen. Die Neukonzipierung der Seniorenarbeit ist auf den Weg gebracht. Das Ehrenamt wird durch zusätzliche Mittel gestärkt.

Im Bereich des öffentlichen Gesundheitswesens ist die Stadt zur Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrags auf die Unterstützung von freien Trägern, Vereinen und Initiativen angewiesen. Einige von ihnen können die Kostensteigerungen der letzten Jahre nicht

mehr auffangen. Um das bestehende Leistungsangebot aufrechtzuerhalten, hat die Koalition deshalb den Ansatz um 100.000 Euro erhöht.

Kultur ist im grünen Verständnis kein Luxus, sondern Lebensmittel. Deshalb freuen wir uns, dass das Schauspielhaus die Kosten in den Griff bekommen hat und im letzten Monat einen neuen Besucherrekord verzeichnen konnte. Der Bau des Musikzentrums schreitet voran und bleibt im Wesentlichen im Kostenrahmen. Problematischer sieht es bei der freien Kulturszene aus, ohne deren belebende Impulse das kulturelle Leben in Bochum nicht vorstellbar wäre. Die Haushaltssperre des vergangenen Jahres und die daraus resultierenden Zuschusskürzungen haben die ohnehin angespannte finanzielle Situation vieler Initiativen extrem verschärft. Die Koalition hat deshalb den Ansatz für die Förderung der freien Kultur um 180.000 Euro erhöht. Viele Akteure der freien Kultur stehen zudem vor dem Problem, dass sie bei der Planung ihrer Aktivitäten für das Folgejahr finanzielle Verpflichtungen eingehen müssen ohne zu wissen, ob und in welcher Höhe sie Zuschüsse bekommen. Um hier für mehr Planungssicherheit zu sorgen, streben wir vertragliche Vereinbarungen an, wie sie in anderen Städten schon praktiziert werden.

Als letzten größeren Bereich möchte ich noch das städtische Grün ansprechen. Viele Parkanlagen sind nicht mehr so ansehnlich wie früher, bei den Straßenbäumen sind wir schon in den letzten Jahren mit der Ersatzpflanzung nicht nachgekommen. Das wollten wir eigentlich schon 2014 ändern, aber dann hat uns Ela einen Strich durch die Rechnung gemacht. Mit den gewaltigen Sturmschäden werden wir noch jahrelang zu tun haben. Um die schlimmsten Schäden schnell beseitigen zu können, hat die Koalition die Ansätze für Grünpflege und Ersatzpflanzungen um insgesamt eine Mio Euro erhöht.

Abschließend noch eine Bemerkung zu einer Daueraufgabe, die uns noch lange begleiten wird: Ich meine die Inklusion. Wenn von Inklusion die Rede ist, denken die meisten zuerst an Schule. Das ist sicher ein wichtiger Teilaspekt, aber Inklusion betrifft alle Lebensbereiche. Dem entsprechend muss Inklusion in der Verwaltung eine Querschnittsaufgabe sein. Die Koalition hat die Verwaltung deshalb gebeten, die Aktivitäten in den verschiedenen Bereichen durch einen Inklusionsbeauftragten zu koordinieren. Die Arbeit der Sportvereine kann in diesem Zusammenhang gar nicht genug geschätzt werden. Deshalb hat die Koalition für inklusive Angebote in den Vereinen in den nächsten beiden Jahren zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt.

Zum Schluss bleibt mir nur noch, dem Kämmerer und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Amtes für Finanzsteuerung dafür zu danken, dass sie der Politik wieder in bewährter Weise das Zahlenwerk für die Haushaltsberatungen aufbereitet haben.